



Kathrin Rösel MdB

Unter der Kuppel – Neues aus dem Bundestag

11. November 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits im September dieses Jahres beschlossen, **Kinderehen in Deutschland zu verbieten**. Leider hat der SPD-Justizminister Maas dieses geplante Verbot infrage gestellt. Ich bin der Meinung, dass das Kindeswohl hier klar vor Religionsfreiheit gehen muss. Kinderehen dürfen in Deutschland nicht geduldet werden – ohne Ausnahme! Das gleiche gilt für Ehen, die unter Zwang oder Unterdrückung der Frau zustande gekommen sind. Kinderehen und Zwangsehen passen nicht in unser Wertesystem!

Wir als Rechtspolitiker der Union und die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind in dieser Sache im intensiven Gespräch mit dem Bundesjustizministerium. Wir sind uns einig, dass es zu keiner Ausnahme oder Härtefallregelung kommen darf und wir noch in diesem Jahr zu einer gesetzlichen Regelung kommen müssen. Mädchen gehören in die Schule und nicht in das Bett ihres oft um Jahre älteren Ehemannes.

Gruppennützige Forschung an nichteinwilligungsfähigen Menschen

Sehr kontrovers diskutiert wurde die zweite Lesung des Antrages der Bundesregierung zur Neufassung der gesetzlichen Vorschriften zu gruppennützigen Forschungen an nichteinwilligungsfähigen Menschen. Bisher war die Teilnahme an solchen Forschungen für Menschen, die selbstständig dieser Teilnahme nicht zustimmen können, gesetzlich ausgeschlossen, die Forschung an Nichteinwilligungsfähigen ist nur bei einem individuellen Nutzen möglich. Diese Schutzfunktion halte ich insbesondere hinsichtlich der Würde des Menschen und seiner körperlichen Unversehrtheit für gut und richtig.



Daher habe ich für den Änderungsantrag gestimmt, der darauf abzielte, den bisherigen hohen Schutzstandard beizubehalten. Dieser hat leider nicht die notwendige Mehrheit im Parlament erhalten.

Mit der Abstimmung ging mein erster „Hammelsprung“ einher, das war für mich natürlich aufregend. Weitere Informationen dazu, können Sie gerne dem beigefügten Anhang entnehmen.

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte

Wir haben in dieser Woche gleich mehrere Anträge der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte im Ausland beraten. In der nächsten Legislaturperiode soll die Beteiligung Deutschlands an der internationalen Anti-IS-Koalition, bei gleich bleibender Mandatsobergrenze von 1.200 Soldaten, fortgeführt werden. Maßnahmen wie die Luftbetankung, Aufklärung und Stabspersonal zur Unterstützung, werden zusätzlich durch die Beteiligung an AWACS-Luftraumüberwachungsflügen ergänzt. Ebenso wird die Beteiligung an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) und an der AU (Afrikanische Union)/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) fortgesetzt.

Änderung des Saatgutverkehrsgesetzes

Mit der Änderung des Saatgutverkehrsgesetzes setzen wir verschiedene Durchführungsrichtlinien der EU-Kommission zur Schaffung von Sortenverzeichnissen für Obstsorten zur Fruchterzeugung und zum Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial von Obstarten in nationales Recht um. Eine nationale Gesamtliste mit allen relevanten heimischen Obstsorten soll deren Fortbestand nachhaltig sichern und als Grundlage für ein gemeinsames EU-Sortenverzeichnis dienen.

Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung

Gesundheit ist Vertrauenssache und dafür braucht es direkt vor Ort starke Sanitätshäuser, Gesundheitsdienstleister und Heilpraxen. Daher haben wir in erster Lesung ein Gesetz beraten, das durch verschiedene Maßnahmen die Heil- und Hilfsmittelversorgung für gesetzlich Krankenversicherte verbessert. Dabei unterstütze ich in besonderer Weise meinen Kollegen und zuständigen Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Heil- und Hilfsmittel, Dr. Roy Kühne MdB. Er war zuletzt zu einem Informations- und Diskussionsabend in Soltau zu Gast. Dort haben wir das Thema gemeinsam mit einem Fachforum hinsichtlich der Detailregelungen und Auswirkungen des Gesetzesentwurfes sowie die Rolle der Heil- und Hilfsmittelerbringer diskutiert.



Fluchtursachen bekämpfen

Wir haben in dieser Woche einen Antrag beraten, den wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner eingebracht haben. Er behandelt die gravierenden humanitären Auswirkungen des Bürgerkriegs in Syrien und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen. Ferner stellt der Antrag das weitreichende entwicklungspolitische Engagement Deutschlands für Staaten wie die Türkei, Jordanien und den Libanon dar, die die Masse der syrischen Flüchtlinge aufgenommen haben und die vor großen innenpolitischen Herausforderungen stehen. Die Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung trägt dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Lage vor Ort zu verbessern.

Reform des Wahlrechts

Das in der letzten Legislaturperiode nach den engen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts geänderte Wahlrecht führt dazu, dass errungene Überhangmandate ausgeglichen werden.

Bei der vergangenen Bundestagswahl 2013 hatten lediglich 4 Überhangmandate zu 28 Ausgleichsmandaten geführt. Somit hat dieser Ausgleichsmechanismus eine erhebliche Hebelwirkung. Wenn das Wahlrecht so bleibt, wie es ist, müssen wir bei der nächsten Bundestagswahl mit einem deutlich vergrößerten Bundestag rechnen – das sollten wir unbedingt vermeiden! Daher wollen CDU/CSU konstruktive Gespräche mit den anderen Fraktionen hinsichtlich einer weiteren Änderung des Wahlrechts führen.

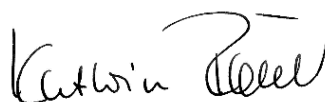
Und sonst?

Donald Trump ist neuer Präsident der Vereinigten Staaten – der Ausgang dieser Wahl hat mich wirklich überrascht und sprachlos gemacht! In meinen Augen vollziehen die USA damit eine Rolle rückwärts in Sachen Menschenrechte, Offenheit und Frieden. Nun hat die Mehrheit demokratisch entschieden und das gilt es zu akzeptieren. Für uns Parlamentarier bedeutet das, uns noch stärker als bisher für ein geeintes, friedliebendes Europa stark zu machen, uns für die Werte einzusetzen, die in unserem Grundgesetz verankert sind und ein stabiles Gegengewicht bei anstehenden Verhandlungen zu bilden.

In der nächsten Woche...

...lese ich anlässlich des bundesweiten Vorlesetages der Stiftung Lesen den Kindern der Grundschule Vorbrück in Walsrode und des St.-Johannis Kindergartens in Visselhövede eine Geschichte vor. Am Samstag, den 19. November 2016 um 10:00 Uhr findet die Nominierung des CDU-Bundestagskandidaten im Wahlkreis Rotenburg I – Heidekreis für die Bundestagswahl 2017 in der Stadthalle Walsrode statt.

Weitere Termine in der kommenden Woche im Wahlkreis finden Sie auf meiner Homepage.

Ihre 

Kathrin Rösel MdB